

**PROTOKOLL**

Sitzung der Vollversammlung

Datum:	8. Januar 2021
Uhrzeit:	14:05 Uhr – 17:00 Uhr
Ort:	Digitale Sitzung
Vorsitz:	Dr. Beatrice Kramm (Präsidentin)
Anwesend:	Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder Jan Eder (Hauptgeschäftsführer) Stephan Wolter (Geschäftsführer Personal & Finanzen, Organisation & Entwicklung) Tatjana Mainka (Protokollführerin)

Tagesordnung:

-
- TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 10. September 2020*
 - TOP 2: Berlin Kompakt: Aktuelle Wirtschaftslage, Senatspolitik und IHK-Aktivitäten*
 - TOP 3: Schwerpunkte der IHK-Arbeit 2021*
 - TOP 4: Finanzen der IHK Berlin*
 - TOP 5: Regularien*
 - TOP 6: Verschiedenes*
-

Frau Dr. Kramm begrüßt die Vollversammlungsmitglieder im neuen Jahr 2021 und wünscht allen Vollversammlungsmitgliedern Gesundheit, beruflichen und unternehmerischen Erfolg, aber auch genügend Optimismus, um die weiterhin schwierige Zeit gut zu überstehen. Des Weiteren betont sie, dass die Absage des traditionellen Neujahrempfanges schweren Herzens erfolgte - sie hofft, das Fest in Verbindung mit der Eröffnung des Business Welcome Centers in Form eines Sommerfestes nachzuholen: natürlich unter der Prämisse, dass bis dahin eine Veranstaltung in dieser Größenordnung möglich ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung übermittelt Frau Dr. Kramm die traurige Nachricht, dass das ehemalige Vollversammlungsmitglied Herr Armin Bansbach, Gesellschafter der Selux Gruppe, am 7. November 2020 verstorben ist. Herr Bansbach hat sich über viele Jahre für die Belange der Berliner Wirtschaft engagiert, seine Expertise geteilt und sich stets um die Stärkung der dualen Ausbildung verdient gemacht. Die IHK Berlin blickt mit großem Dank und Anerkennung auf die Zusammenarbeit mit ihm. Die Vollversammlung gedenkt Herrn Bansbach mit einer Schweigeminute.



Frau Dr. Kramm stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht erfolgte. Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

TOP 1: Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 10. September 2020

Es wurde keine Einwände zum Protokoll der letzten Vollversammlungssitzung eingereicht. Es gilt daher satzungsgemäß als genehmigt.

TOP 2: Berlin Kompakt: Aktuelle Wirtschaftslage, Senatspolitik und IHK-Aktivitäten

Frau Dr. Kramm führt in die derzeitige wirtschaftspolitische Situation ein: Berlin ist erneut von der Corona-Krise betroffen und zum Stillstand gekommen. Insbesondere die Berliner Gastronomie und Hotellerie sind erneut vom zweiten Lockdown betroffen. Daher ist es unerlässlich, einen Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage zu werfen und über die Aktivitäten des Berliner Senats zu diskutieren.

Zuerst erläutert **Herr Eder** anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation die aktuellen Zahlen der Wirtschaftslage Berlins.

Im ersten Halbjahr 2020 sank das Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 5 Prozent. Die IBB rechnet mit einem Rückgang des BIPs von bis zu 6 Prozent für das Gesamtjahr. Als Einzelsektor litt die Tourismus-/Freizeitwirtschaft besonders gravierend: Kumuliert musste die Gastronomie von Januar bis September 2020 Umsatzeinbußen von 34 Prozent hinnehmen, die Hotellerie im selben Zeitraum einen Einbruch von insgesamt 58 Prozent. Die Arbeitslosenquote hat sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,4 Prozentpunkte auf 10,1 Prozent erhöht, die am schnellsten wachsende Arbeitslosenrate in der Bundesrepublik. Bei den Exporten sanken im Zeitraum Januar bis Oktober die Berliner Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 1 Mrd. Euro (-7,9 Prozent) und die Umsätze im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich sanken in den ersten drei Quartalen um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zugleich verringerte sich die Anzahl der Neugründungen um 9,8 Prozent zum Vorjahr. In Berlin erhöht sich von 2019 zu 2020 die Schuldenquote von 37,5 Prozent auf 45,8 Prozent, die Verschuldung steigt entsprechend von 58 Mrd. Euro auf 66 Mrd. Euro.

Das Geschäftsklima der Berliner Wirtschaft zeigte im Herbst leichte Erholung vom Frühjahrschock: der Klimaindex zählte 106 Punkte nach 60 Punkten im April und deutete damit zögerliche Zuversicht an. Ein gutes konjunkturelles Klima ist jedoch noch weit entfernt. Jedes zweite Unternehmen kämpfte laut der IHK-Corona-Umfrage im November mit geringer Nachfrage, jedes vierte sah sich von Insolvenz bedroht. Zwei von drei Unternehmen erhalten inzwischen staatliche Unterstützungen oder planen diese zu beantragen.

Auch die Auswirkungen auf dem Ausbildungsmarkt wird die Berliner Wirtschaft noch lange beschäftigen. Zum Stichtag 30. November konnte die IHK 7.460 neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse zählen. Das sind rund 15 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Besonders stark sanken in dieser Zeit die betrieblichen Ausbildungsplätze mit rund 18 Prozent.



Zuletzt verweist Herr Eder auf eine Kurz-Umfrage, mit der die IHK Berlin aus der Unternehmerschaft erfahren wollte, wie zufrieden sie mit der Wirtschaftspolitik in Berlin ist. Bei rund 450 Antworten sind 68 Prozent der Befragten im Großen und Ganzen zufrieden mit dem wirtschaftspolitischen Handeln der Landesregierung in der Corona-Krise. Immerhin fast jedes fünfte Unternehmen äußert allerdings seine Unzufriedenheit hinsichtlich des Vorgehens der Landesregierung. Wirklich glücklich mit der Senatspolitik zeigen sich nur neun Prozent der Befragten.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Domeyer, Eder, Hirschfeld und Frau Dr. Kramm.

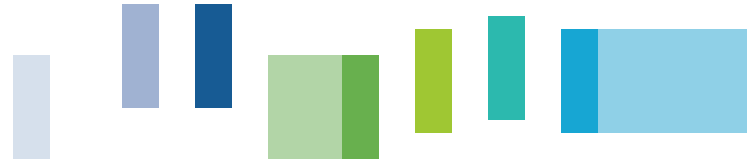
Auf Nachfragen von **Herrn Dr. Domeyer** bezüglich des von Frau Dr. Kramm gegebenen Interviews bestätigt die Präsidentin ihr Statement, dass sie die Verlängerung des Lockdowns insbesondere auch unter Berücksichtigung der starken Belastung des Gesundheitssystems weiterhin für alternativlos hält.

Auf die ergänzende Frage von **Herrn Hirschfeld** bezüglich der Wahrnehmung des Berliner Senats zum Thema Feier- und Eventkultur betonen sowohl Frau Dr. Kramm als auch Herr Eder, dass sie aufgrund vieler Gespräche sicher sind, dass sich der Berliner Senat der Bedeutung dieses Wirtschaftsfaktors bewusst ist.

Mit Blick auf die zurückliegenden Monate betont **Frau Dr. Kramm** die Notwendigkeit, dass sich die IHK weiterhin aktiv in Politikgespräche einbringt und kontinuierlich in der Öffentlichkeit positioniert. Aufgrund des inzwischen breiten Infektionsgeschehens bleibt es jedoch weiterhin ein großer Spagat für alle Entscheidungsträger und Beteiligten, die richtigen Entscheidungen zu treffen, d.h. unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit bei den Beschränkungen die notwendigen Eindämmungsmaßnahmen zu finden. Aufgrund der aktuellen Situation ist es wichtiger denn je, dass Politik und Wirtschaft eng zusammenarbeiten, damit wichtige Anliegen der Unternehmen platziert werden können. Das ist seit Beginn der Pandemie im Grundsatz auch gelungen, dennoch gibt es weiterhin Baustellen, die sich zum Teil seit Beginn der Krise durch die Landes- und Bundespolitik ziehen. So verzögert sich die Auszahlung der dringend benötigten Hilfsprogramme bei allen aktuellen Programmen und die Stadt Berlin hat es nicht geschafft – im Gegensatz zu den meisten Unternehmen – die Digitalisierung der Verwaltung schnellstmöglich voranzutreiben.

Herr Mießen regt eine konzertierte Reaktion der IHK zu der kritischen Aussage des Regierenden Bürgermeisters an, in der er den Unternehmen zu wenig Bereitschaft vorwirft, umfassende Home-Office Lösungen anzubieten. Die Präsidentin verweist auf eine sich gerade in Vorbereitung befindende Pressemitteilung, die klarstellt, dass Unternehmen unter anderem ihren Arbeitnehmern ermöglicht ihre Kinder im Home-Office zu betreuen und somit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie leisten.

Frau Dr. Kramm schließt diesen Tagesordnungspunkt mit einem kurzen Resümee hinsichtlich der wichtigsten politischen Treffen in den letzten Monaten. Neben dem Arbeitsmarktgipfel, bei dem u.a. noch einmal mit Blick auf das Thema Nachvermittlung von Azubis von IHK-Seite deutlich gemacht wurde, dass der Kontakt der Jugendberufsagenturen zu den Jugendlichen bei weitem nicht eng genug ist und sich coronabedingt noch weiter verschlechtert hat, berichtet Frau Dr. Kramm vom Treffen mit dem Regierenden Bürgermeister zur Digitalisierungsstrategie. Insgesamt steht die IHK Berlin über verschiedenste Runden mit dem Berliner Senat im regelmäßigen Austausch zu allen wirtschaftsrelevanten Fragen im Zuge der Pandemiebekämpfung.



TOP 3: **Schwerpunkte der IHK-Arbeit 2021**

Frau Dr. Kramm erläutert, dass das Jahr 2021 unter dem Thema „Krisen überwinden“ stehen wird und die Erarbeitung der Schwerpunkte mit Beteiligung der Ausschüsse und des Präsidiums stattgefunden hat. Dieser intensive Austausch hat erstmalig ein übergreifendes Thema hervorgebracht: „Fünf Bausteine für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik“.

Herr Vagt, Geschäftsführer Wirtschaft & Politik, stellt anschließend die Schwerpunkte der IHK-Arbeit 2021 anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation vor.

Die identifizierten Schwerpunkte des Jahres 2021 sollen dazu dienen, in diesem besonderen Wahljahr die wirtschaftspolitische Interessensvertretung sichtbar zu machen und Wirkung so zu erzeugen, dass die richtigen Weichen für die nächste Legislaturperiode gestellt werden. Herr Vagt betont, dass das Thema Nachhaltigkeit im Jahr 2021 eines der wichtigsten Themen der IHK Berlin sein wird. So wird die IHK zum einen ihre Produkte weiterentwickeln, d.h. verstärkt Services anbieten, die die Mitgliedsunternehmen befähigen, nachhaltig zu agieren und entsprechende politische Positionen erarbeiten. Zum anderen wird sie auch ihre internen Abläufe auf den Prüfstand stellen.

Anschließend stellt er die fünf Schwerpunktthemen 2021 kurz vor. Unter dem Motto „**Corona-Krise bewältigen**“ sollen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise unter anderem mit Blick auf den Finanzierungsbedarf sichtbar gemacht und darauf geachtet werden, dass die Auszahlung der benötigten Gelder im Blick auf die Konjunkturförderung schnell erfolgen und gleichzeitig die Fördermittel nicht zu groß werden. Als weiteren Schwerpunkt gilt es den **Ausbildungsmarkt** krisenfest zu machen durch verstärkte Beratungs- und Matchingangebote für auszubildende Unternehmen sowie das Anstoßen von notwendigen Strukturreformen im Land Berlin. Beim Schwerpunkt **Klima- und Umweltschutz** geht es insbesondere um die Themen Wasserstoff, Klimaschutz und Gebäudesanierung im Zuge der Mietendeckeldebatte. Fokus des Schwerpunkts **Digitalisierung** ist weiterhin der Aufbau einer belastbaren Governance Struktur im Berliner Senat. Das **Wahljahr 2021** ist kein inhaltlicher Schwerpunkt, sondern ein Baustein, der als zeitliche Klammer für die Gestaltung der IHK-Aktivitäten sowie die Darstellung der Positionen der Berliner Wirtschaft im Wahljahr steht. Gleichzeitig werden natürlich weitere wichtige und akute Themen für die Berliner Wirtschaft verfolgt.

Herr Schindler regt an, dass das Thema Klimawandel und die damit entstehenden wirtschaftlichen Veränderungen vertieft in der IHK erörtert werden sollte, so dass die Berliner Wirtschaft entsprechend vorbereitet sein wird.

Die Vollversammlung stimmt mit 44 Zustimmungen und 1 Enthaltung dem Arbeitsprogramm 2021, gemäß Anlage 1 zur Einladung zu.

Das beschlossene Arbeitsprogramm ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.



TOP 4: Finanzen der IHK Berlin

Frau Dr. Kramm weist darauf hin, dass die Beschlussfassung der Vollversammlung zur Wirtschaftsführung für das Jahr 2021 traditionell einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung ist. Sie erläutert, dass der Wirtschaftsplan der Planung und Deckung des Ressourcenbedarfs dient, der zur Erfüllung der Aufgaben der IHK Berlin im Geschäftsjahr notwendig ist. Hierzu hatte am 15. Dezember 2020 bereits ein Vollversammlungsgespräch stattgefunden, in welchem rege über die einzelnen Fragen des Haushalts diskutiert wurde.

Mit Blick auf den Forecast für das vorangegangene Wirtschaftsjahr 2020 hebt sie hervor, dass 2020 von der Corona-Pandemie geprägt war. Weil die IHK Berlin aber mit einem sofortigen Ausgabenstopp reagierte, wird das Jahr sogar mit einem leicht positiven Ergebnis abschließen. Wie 2020 wird auch 2021 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt sein. Während in 2020 aber noch mit einem „nur“ grundsätzlichen Ausgabenstopp reagiert wurde, konnte der Haushalt 2021 vorwiegend strukturell entlastet werden. Strategisch haben sich Etatkommission und Präsidium von folgenden Prämissen leiten lassen: Nicht am Mitglied sparen, dabei Fachkräfte als Standbein stärken und Nachhaltigkeit als Thema ausbauen; Fokussierung in der politischen Arbeit auf A-B-C-Themen sowie interne Ressourcen stärker zur Gegenfinanzierung heranziehen und entsprechend interne Services zurückfahren.

Sodann erläutert **Frau Witt** anhand der als [Anlage 5](#) beigefügten Präsentation die Entwicklung des Haushalts 2020. Sie hebt hervor, dass den erwarteten Ertragsrückgängen von insgesamt 4,1 Mio. Euro 10,3 Mio. Euro an eingesparten Aufwendungen gegenüberstehen. Auch die Entnahme aus Rücklagen ist niedriger als geplant ausgefallen. Die geringere Auflösung ist insbesondere auf Ausgabenverschiebungen beim Talente Check, der Digitalisierung und der Instandhaltung zurückzuführen. Die Einstellung in die Nettoposition fällt um 7,1 Mio. Euro niedriger aus, weil der Erwerb des VBKI-Grundstücks zu 75% im Wege der Fremdfinanzierung erfolgte. Die jetzt nicht verwendeten 7,1 Mio. Euro sind gem. Beschluss der Vollversammlung aus September 2020 für die Kredittilgung vorgesehen. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die angefügte Präsentation verwiesen.

Mit Blick auf das mittelfristige Erfolgsszenario weist Frau Witt darauf hin, dass sich die Corona-Pandemie auf die Erträge mindestens bis 2022/2023 auswirken wird. Hier bestehen erhebliche Unsicherheiten insbesondere hinsichtlich der Frage, zu welchem Zeitpunkt weitere Einnahmerückgänge drohen.

Für den Wirtschaftsplan 2021 ist es gelungen, auch ohne das vorgetragene Ergebnis aus 2019 in Höhe von rund 4,2 Mio. Euro einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Frau Witt betont noch einmal, dass dies insbesondere auf die strukturellen Maßnahmen zur Entlastung des Haushalts zurückzuführen ist. Die geringeren Erträge werden z.T. durch geringere Aufwendungen beim Personal- und Sachaufwand, aber auch durch Ertragssteigerungen beispielsweise durch die Vermietung zusätzlicher Flächen im Ludwig Erhard Haus kompensiert. Die dadurch bewirkte monetäre Entlastung beträgt insgesamt 11 Mio. Euro (davon 1,4 Mio. Ertragssteigerungen und um 9,6 Mio. Euro reduzierte Aufwendungen). Frau Witt berichtet, dass Etatkommission und Präsidium vorge schlagen haben, die für den Ausgleich des Haushalts nicht benötigten 4,1 Mio. Euro für den Aufbau des Eigenkapitals und mit Blick auf die Unsicherheiten bei den mittelfristigen Erfolgsszenarien für die Vorsorge zu nutzen. Im vorgelegten Wirtschaftsplan 2021 sind 3,7 Mio. Euro für die



Digitalisierungsvorsorge und 0,4 Mio. Euro zur monetären Unterlegung der Pensionsverpflichtungen vorgesehen. Im Rahmen der Innenfinanzierung kann auf die Pensionsverpflichtungen zwecks Kredittilgung zurückgegriffen werden. Wegen der weiteren Einzelheiten hierzu wird auf die Folien 15ff. der angefügten Präsentation verwiesen, auf denen die geplante Eigenkapitalveränderung insgesamt sowie der für die Vorsorge vorgehaltene planmäßige Finanzmittelbestand dargestellt sind. Frau Witt weist darauf hin, dass sich insbesondere hier das von der Vollversammlung im September 2020 beschlossene neue Finanzstatut bemerkbar macht.

Anschließend berichtet **Herr Eder** zum Baufortschritt beim Umbau der Passage des Ludwig Erhard Hauses zum Business Welcome Center. Die planmäßige Fertigstellung des Umbaus wird sich unter anderem aufgrund der Corona-Krise bis voraussichtlich April 2021 verzögern. Mit Blick auf die aktuelle Budgetlage deutet sich an, dass der vorgesehene Planansatz eingehalten werden kann, möglicherweise sogar leicht unterschritten wird.

Abschließend bedankt sich die **Präsidentin** bei den Mitgliedern der Etatkommission sowie Herrn Wolter und Herrn Dr. Schmalz für die geleistete Arbeit.

Die Vollversammlung beschließt anschließend einstimmig die Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2020, wie in der Anlage 15 zur Einladung mitversendet.

TOP 5: Regularien

1. Nachberufungen in die Ausschüsse

Frau Dr. Kramm stellt erfreut fest, dass es seit der letzten Sitzung wieder Interessenbekundungen für die Mitarbeit in den Ausschüssen gegeben hat.

Die Vollversammlung stimmt mit 46 Zustimmungen und 5 Enthaltungen den Nachberufungsvorschlägen, wie mit der Anlage 16 zur Einladung gesendet, zu.

2. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum DIHK – Bericht

Herr Eder berichtet über das vom Bundesverwaltungsgericht gefällte Urteil vom 14. Oktober 2020, welches die IHK Nord Westfalen zum Austritt aus dem DIHK zwingt. Erstritten hatte das Urteil der Windkraftunternehmer Thomas Siepelmeyer, der seit 2007 vor Gericht klagt, um den DIHK allgemeine politische Aussagen untersagen zu lassen. Ausgangspunkt des Streits waren dereinst Äußerungen des DIHK zu Marktanteilen von erneuerbaren Energien. Nach einem ersten Urteil 2016 hatte ihm das Bundesverwaltungsgericht Mitte Oktober Recht gegeben und eine angebliche allgemeine politische Betätigung des DIHK beanstandet.

Mit dem Austritt der IHK Nord Westfalen ist auf Bundesebene für die Tätigkeit des DIHK nicht mehr Vollständigkeit gegeben. Folgen weitere Kündigungen, ist die Vertretung des Gesamtinteresses der IHKs durch den DIHK nicht mehr möglich. Auch die Finanzierung des DIHK ist nicht mehr gewährleistet. Die Interessen der rund vier Millionen Kammermitglieder könnten dann in ihrer Gesamtheit nicht mehr auf Bundesebene oder international wahrgenommen werden.



Der Bundesgesetzgeber hat direkt nach dem Gerichtsurteil einen Gesetzesentwurf zur Änderung des IHKG vorgelegt, der noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Das Gesetz regelt einen neuen präzisierten und weitgefassten Rahmen des inhaltlichen Meinungsäußerungsrechts des DIHK und der IHKs.

Zudem ist eine Neuordnung der Struktur der Kammervvertretung auf Bundesebene vorgesehen. Konkret soll eine Deutsche IHK durch eine Umwandlung des DIHKs in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet werden, die dann künftig der Rechtsaufsicht des Bundeswirtschaftsministeriums unterliegt. Das Ministerium kann damit künftig überprüfen, ob sich der DIHK im Rahmen seiner Kompetenzen bewegt. Alle IHKs werden künftig Mitglied dieser Bundeskammer. Aufgabe aller IHKs wird es nun sein, in funktionaler Selbstverwaltung die „innere Demokratie“ des neuen DIHKs auszugestalten.

TOP 6: Verschiedenes

- **Herr Eder** informiert die Vollversammlung, dass der DIHK für die anstehende Bundestagswahl eine Neuauflage der **Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation** koordiniert. Zur Vollversammlung im März wird die konsolidierte Version zur Beschlussfassung vorgelegt.
- **Herr Eder** weist darauf hin, dass im kommenden Jahr 2022 bereits wieder eine **Vollversammlungswahl** ansteht. Die Vorbereitungen laufen an und sowohl der Wahlausschuss als auch eine Wahlordnung sollen in der September-Vollversammlung verabschiedet werden. Das System der Wahlgruppen mit Untergruppen hat sich bewährt, auch wird wieder zusätzlich zur schriftlichen die digitale Wahl angeboten.
- Auf Bitte von **Herrn Hübner**, auch künftig die **Vollversammlung für Mitglieder digital** zu ermöglichen, verweist Herr Eder auf das Erfordernis entsprechender gesetzlicher Regelungen. Es werden aktuell bereits weitere Tools zur Erleichterung von digitalen Sitzungen getestet.

Frau Dr. Kramm dankt den Vollversammlungsmitglieder für ihre geduldige und konzentrierte Teilnahme und hofft, dass sich alle spätestens im Sommer anlässlich der Eröffnung des neuen Business Welcome Centers im Ludwig Erhard Haus wieder persönlich begegnen.

Berlin, den 25. Januar 2021



Dr. Beatrice Kramm

Präsidentin



Jan Eder

Hauptgeschäftsführer



Anlagen:

- Anlage 1: Anwesenheitsliste der Teilnehmer
- Anlage 2: Präsentation Wirtschaftslage Berlin
- Anlage 3: Präsentation Schwerpunkte 2021
- Anlage 4: Arbeitsprogramm der IHK Berlin 2021
- Anlage 5: Präsentation Finanzen